

Peter von Oertzen

Entideologisierung der Arbeiterbewegung als Konzept für die Zukunft?

Prof. em. Dr. Peter von Oertzen. geb. 1924 in Frankfurt/M., aufgewachsen in Berlin, Studium der Philosophie, Soziologie, Geschichte und des Staatsrechts in Göttingen, lehrte von 1963 bis 1982 Politikwissenschaft an der Universität Hannover. Zwischen 1955 und 1982 war er insgesamt 19 Jahre lang MdL in Niedersachsen, davon vier Jahre lang Kultusminister, von 1973 bis 1993 war er Mitglied des Parteivorstands der SPD.

Ein bedeutender spanischer Philosoph hat vor mehr als 70 Jahren auf dem Höhepunkt der sozialen und politischen Krise Europas die warnenden Worte gesprochen: „Wer sich weigert, sich seiner Geschichte zu erinnern, der ist dazu verurteilt, sie immer wieder aufs Neue zu durchleben.“ Anders ausgedrückt: Nur wer sich seine geschichtlichen Erfahrungen bewußt macht und sie verarbeitet, wird den Weg in die Zukunft finden. Wer seine Erfahrungen statt dessen verdrängt oder sogar verfälscht, der wird immer wieder in die Falle ungelöster Probleme der Vergangenheit hineingeraten. Dies gilt insbesondere für die Arbeiterbewegung, die mehr noch als andere politisch-soziale Bewegungen durch ihre Geschichte geprägt ist und von ihren historischen Erfahrungen lebt. Wer also die Gewerkschaften und die mit ihnen verbundenen politischen Strömungen nach ihrem Zukunftskonzept fragt, der fragt gleichzeitig nach ihrer beider geschichtlichen Vergangenheit. Und genau diese Frage (und eine sogleich mitgelieferte fertige Antwort) steckt hinter der modischen Rede von der „Entideologisierung“.

Was heißt hier „Ideologie“?

Eine kurze grundsätzliche Feststellung vorweg: Der Begriff „Ideologie“ ist ein Kampfbegriff; er enthält immer eine polemische Stoßrichtung, zumindest jedoch eine kritische Tendenz. Noch in seiner wissenschaftlich am höchsten entwickelten Gestalt - bei Karl Marx - dient der Begriff der Ideologie der Kritik der vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse: Er bezeichnet Feststellungen, Ideen, geistige Systeme, Weltanschauungen, die zwar einerseits die gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegeln, andererseits aber auch das kritische Analysieren dieser Wirklichkeit blockieren, indem sie wichtige Elemente dieser Wirklichkeit verschleiern oder verschweigen. Im politischen Alltagssprachgebrauch jedoch heißt Ideologie sehr viel simpler: eine intellektuell wertlose, wissenschaftlich unhaltbare, irrige, überflüssige oder sogar schädliche Idee oder Anschauung. In der Regel werden dabei die Vorstellungen des gesellschaftlichen Gegners als „ideologisch“ verdächtigt (während die eigenen Ideen als die reine, wissenschaftlich erwiesene Wahrheit betrachtet werden). An die Arbeiterbewegung adressiert bedeutet die For-

derung nach „Entideologisierung“ fast immer, daß diese ihre gesellschaftskritischen anti kapitalistischen Vorstellungen aufgeben und sich den in der Gesellschaft derzeit allgemein geltenden oder herrschenden Urteilen, Werten und Normen anpassen solle. Diese aber sind, wie der junge Ralf Dahrendorf vor mehr als 35 Jahren festgestellt hat, „an ihrer (der Gesellschaft) Oberschicht ablesbar“.¹ Das heißt, die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden. Eben diese soll die Arbeiterbewegung übernehmen, z. B. die Konzepte der „Standortkonkurrenz“ oder der „Globalisierung“, und statt dessen die „überholten“ „Ideologien“ von „sozialer Gerechtigkeit“, „Sozialstaat“, „wirtschaftlicher und sozialer Demokratie“ oder „Vollbeschäftigung“ (aus dem Grundsatzprogramm des DGB 1996) endlich über Bord werfen.

Die historischen Wurzeln: Partei und Gewerkschaft vor 1914

Die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg ist durch ein ganz besonderes und sehr merkwürdiges Verhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Freien Gewerkschaften gekennzeichnet. (Die spezifischen und höchst komplexen Beziehungen zwischen der christlichen Arbeiterbewegung, der Zentrumspartei und der Katholischen Kirche muß ich hier leider aus Raumgründen aussparen.) Im Unterschied etwa zu Großbritannien ist in Deutschland die Sozialdemokratische Partei älter als die Gewerkschaften und betrachtete sich u. a. auch deshalb als die führende Kraft der Arbeiterbewegung. Auch als nach dem Ende der Bismarckschen Sozialistengesetze 1890 die Gewerkschaften sehr viel schneller wuchsen als die SPD, blieben ihre Beziehungen zueinander im Prinzip unverändert.²

Es war ein Verhältnis klarer Arbeitsteilung. Die Gewerkschaften widmeten sich der Arbeit auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet mit der Zielsetzung, „in der Gegenwart die Lage der Arbeiter zu heben, ihre Löhne aufzubessern, ihre Arbeitszeit zu kürzen und dadurch auf ihre geistigen und physischen Kräfte einzuwirken“ (Carl Legien, 1899); die Partei hingegen widmete sich der politischen Tätigkeit und pflegte zugleich die Theorie und die Lehre vom sozialistischen Endziel.³

Die politisch-programmatische Führung der Arbeiterbewegung lag also ausschließlich in den Händen der Partei. Wenn Gewerkschaftler sich an politischen, programmatischen oder theoretischen Diskussionen beteiligten, taten sie es als Mitglieder der SPD. Die Gewerkschaften als solche hatten keine „Ideologie“. Freilich bestanden sie auf einer strikten Nichteinmischung der Partei in ihre eigenen gewerkschaftlichen Angelegenheiten. Als nach 1905 in der sogenannten „Massenstreikdebatte“ Teile der Partei begannen, sich in ein scheinbar rein gewerkschaftliches Problem, nämlich die Führung von

1 Ralf Dahrendorf. Über die Ursprünge: der Ungleichheit unter den Menschen. Tu hingen 1961. S. 28.

2 Hierzu eine zusammenfassende Darstellung in: Peter von Oertzen. Betriebsräte in der Novemberrevolution, Berlin-Bonn, 2. Aufl. 1976. S. 27-50.

3 von Oertzen, Betriebsräte, S. 36-37.

Streiks, „einzumischen“, zwangen die Gewerkschaften die Partei zum Rückzug und zur Respektierung der traditionellen Verteilung der Zuständigkeiten.

Die Programmatik der SPD in dieser Zeit hatte freilich - im Unterschied zur pragmatischen gewerkschaftlichen Alltagsarbeit - einen durchaus „ideologischen“ Charakter im kritischen Sinne dieses Begriffes. Der offizielle Partei-„Marxismus“ enthielt zwar abstrakte Einsichten in Wesen und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, aber keinerlei brauchbare Hinweise auf konkrete politische Schritte zu ihrer Überwindung-

Die Politisierung der Gewerkschaften von 1914 bis 1933

Dieser Zustand änderte sich im Ersten Weltkrieg von Grund auf. Die Gewerkschaften, zumindest ihre Führungen, hielten anfangs zwar an der Haltung fest, politische und „ideologische“ Streitfragen hätten in den Gewerkschaften nichts zu suchen. Aber in der Sozialdemokratischen Partei entspann sich ein heftiger politischer Streit darüber, welche praktischen politischen Konsequenzen aus dem Parteiprogramm oder der Parteitheorie für die Gegenwartsprobleme des Krieges und der Nachkriegszeit gezogen werden sollten. Dieser Streit führte 1917 schließlich zur Parteispaltung und schlug unvermeidlicherweise auch auf die Gewerkschaften durch. Innerhalb ihrer Organisationen bildeten sich partei-politische Fraktionen oder zumindest Strömungen heraus, die weit über die im engeren Sinne gewerkschaftlichen Fragen hinaus politische und programmatische, d. h. also „ideologische“ Auseinandersetzungen miteinander führten.⁴

Aber auch nach dem Ende der revolutionären Bewegungen und der folgenden Inflationskrise sowie nach dem weitgehenden Verschwinden politischer Fraktionen in den Gewerkschaften ab 1924 stellte sich die alte Arbeitsteilung zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nicht wieder her. Die Gewerkschaften blieben politisch aktiv und entwickelten eine eigene gesellschaftspolitische Programmatik. Das unter Federführung des Gewerkschaftsintellektuellen Fritz Naphtali entwickelte und 1928 auf dem ADGB-Kongreß beschlossene Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“ steht selbstständig neben dem Heidelberger Programm der SPD von 1925 - trotz mancher inhaltlicher Parallelen.

Noch deutlicher wurde die politisch-programmatische Eigenständigkeit der Gewerkschaften in der großen Wirtschaftskrise. Das einzige konkrete Konzept zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und damit auch zur Bekämpfung der Hitlerschen Sozialdemagogie wurde in den Reihen der Freien Gewerkschaften entwickelt: der sog. WTB-Plan von 1931/32.⁵ Die SPD hingegen erwies sich, trotz ihres angeblich wissenschaftlich begründeten

4 Peter von Oeruen. Politische Fraktionen in der Gewerkschaftsbewegung, in: Willy Brandt/Leonard Woudcock (Hrsg). Festschrift für Eugen Loderer, Frankfurt/M. 1980. S. 167-177.

5 Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Bd. 3. Berlin-Bonn 1987. S. 494-506. S. 577-583.

„marxistischen“ Programms, im Angesicht der kapitalistischen Krise als theoretisch und programmatisch und infolgedessen auch als politisch hilflos

An diesem Beispiel wird der Unterschied zwischen „Ideologie“ und Programm deutlich sichtbar. Die Urheber des WTB-Planes, die Nationalökonom Wladimir Woytinski und Fritz Baade sowie der Holzarbeiterführer Fritz Tarnow hatten mit ihrem Konzept einer kreditfinanzierten Arbeitsbeschaffung keineswegs bloß einen pragmatischen Vorschlag ohne jede theoretische Grundlage gemacht, sondern sie stützten sich auf wissenschaftliche Analysen des kapitalistischen Krisenverlaufs (die dann fünf Jahre später von John Maynard Keynes in seinem Hauptwerk zusammengefaßt und theoretisch begründet worden sind).⁶

Die Einheitsgewerkschaft als „politischer Verband“

Die Wiederbegründung der Arbeiterbewegung 1945, nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Unterdrückung, fand in einer gegenüber der Vergangenheit radikal veränderten Situation statt. An die Stelle der alten weltanschaulich-politisch geprägten „Richtungsgewerkschaften“ traten die Einheitsgewerkschaften des DGB und die DAG. Spezifische privilegierte Beziehungen zu einer bestimmten Partei wurden damit ausgeschlossen. Die Einheitsgewerkschaft war parteipolitisch unabhängig - wenn auch keineswegs politisch neutral. Das sog. Münchener Programm des DGB von 1949 war das völlig eigenständige Ergebnis innergewerkschaftlicher Meinungsbildung. (Die SPD gab sich ihr erstes offizielles Parteiprogramm seit Heidelberg 1925 übrigens erst 10 Jahre später, 1959, in Bad Godesberg.) Das Münchener DGB-Programm mit seinen Eckpunkten: Planwirtschaft, Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien. Mitbestimmung und umfassende soziale Sicherung war durch und durch politisch. Es beruhte auf einem nicht nur gewerkschaftlichen, sondern vor allem auch politischen - antifaschistischen und antikapitalistischen - Konsens zwischen allen in der Arbeiterbewegung tätigen politischen Strömungen.

Die Einheitsgewerkschaft konstituierte sich als eine selbständige politische Kraft neben den politischen Parteien. Und ohne direkt in Parlament und Regierung vertreten zu sein, übte sie auch tatsächlich einen beträchtlichen politischen Einfluß aus. Er erreichte seinen Höhepunkt beim Kampf um die gesetzliche Verankerung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie 1950/51. In direkter Konfrontation mit den parlamentarisch-demokratischen Institutionen und durch einen eindeutig politischen Streik konnte die Gewerkschaft sich durchsetzen.

Freilich hatten schon einmal - 1920 nach dem Kapp-Putsch - die Gewerkschaften direkt in die Politik eingegriffen. Zwar war der Aufruf zum Generalstreik von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Reichsregierung ausgegangen, und die Gewerkschaften hatten sich ihm angeschlossen. Aber

⁶ Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, (engt.) 1936.

nach dem Sieg über die Putschisten stellte der damalige Führer der Freien Gewerkschaften, Carl Legien, rein politische Forderungen: Bildung einer republikanischen „Arbeiterregierung“ und durchgreifende Reformen in der Wirtschaft und im politischen System, besonders im Militär.⁷ Allerdings hatte diese gewerkschaftliche Intervention als eine reine Abwehraktion gegen die antidemokratische Rechte begonnen, und in ihren späteren positiven politischen Zielen blieb sie erfolglos - im Unterschied zum Kampf um die Mitbestimmung.

Außerdem wurde 1951/52 - anders als 1920 - eine zwar nur kurze, aber heftige innergewerkschaftliche Diskussion über die prinzipielle Stellung der Gewerkschaften in der parlamentarischen Demokratie geführt. Ihr hauptsächlichster Initiator war der junge Gewerkschaftstheoretiker Theo Pirker, der - unterstützt von so angesehenen Persönlichkeiten wie Alfred Weber und Eugen Kogon - für die Gewerkschaften eine politische Sonderrolle als „öffentlicher Verband“ reklamierte.⁸ Da die Gewerkschaften eine besondere Verantwortung für die Verteidigung und die soziale Verankerung der Republik trügen, mußten sie versuchen, die „allgemeine soziale Ordnung“ zu beeinflussen und seien daher „selbstverständlich“ eine „politische Organisation“.⁹

Die Periode der Restauration

Die innere Entwicklung der Bundesrepublik ab 1952 ist über diese Diskussion sehr rasch hinweggegangen - ohne daß die Stichhaltigkeit der vorgetragenen Argumente ernsthaft geprüft worden wäre. 1952 waren die Gewerkschaften bei dem Versuch gescheitert, im Gesetzgebungsverfahren über das neue Betriebsverfassungsgesetz ihre Auffassungen auf demselben Wege durchzusetzen wie beim Gesetz über die Montanmitbestimmung. Die SPD andererseits erlitt in ihrem Kampf gegen die Regierung Adenauer in den Bundestagswahlen 1953 ebenfalls eine schwere Niederlage. Sie war in den folgenden Jahren von dem Bestreben in Anspruch genommen, sich organisatorisch und programmatisch zu modernisieren. Die Gewerkschaften waren auf sich allein gestellt und auf die traditionellen Mittel der gewerkschaftlichen Betriebs- und Tarifpolitik verwiesen.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1956 hat ihr Vorsitzender Otto Brenner offen von den Schwierigkeiten gesprochen, „unsere Grundsatzforderungen durchzusetzen“ und von der Notwendigkeit, „neue Mittel und Wege zu suchen“. „Es kam darauf an, ... durch konkrete Nahziele ... unsere Einheitsgewerkschaft ... zu festigen ...“¹⁰. Ergebnis dieser Bestrebungen war das „Aktionsprogramm“ des DGB von 1956 mit der Kernforderung nach Verkürzung der Arbeitszeit. In der Verfolgung dieser konkreten Nahziele

7 Winkler, Bd. I. Von der Revolution zur Stabilisierung. 19.S4, S. 309-320.

8 Siehe üv/m die Aufsätze in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH) 6/1951 ;2/T 952; 8/1952; 12/1952.

9 GMH 2/1952, S. 76.

10 Peter von Oertzen, Otto Brenner, in: GMH 6/1972, S. 337-341.

erreichten die Gewerkschaften große Erfolge, vor allem die Verankerung der 40-Stunden-Woche und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die Arbeiter im legendären, 14 Wochen andauernden Streik der Schleswig-Holsteiner IG Metall 1956/57.

Freilich übten die Gewerkschaften in dieser Periode keineswegs völlige politische Abstinenz. Sie beteiligten sich - die IG Metall an der Spitze - am Kampf gegen die geplante Notstandsgesetzgebung und erreichten dabei zumindest Teilerfolge. Die Programmarbeit in der Nachfolge des Münchener DGB-Programms jedoch trat allmählich in den Hintergrund. Versuche, den politischen Einfluß der Gewerkschaften durch Stärkung des DGB zu erhöhen, scheiterten am fehlenden Interesse der Industriegewerkschaften, die ihre eigentliche Stärke nach wie vor in der traditionellen Tarifpolitik erblickten.

Der kurze Frühling der großen Reform...

Nach dem Scheitern der christ-liberalen Regierung Erhard 1966 und dem Eintritt der SPD in die Große Koalition mit der CDU/CSU begann eine kurze Periode bedeutender ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Reformen (und noch größerer Reformillusionen), die sich 1969 in der sozial-liberalen Regierung fortsetzte. Sie hat das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie tiefgreifend verändert.

Die geistige, programmatische - wenn man so will „ideologische“ - Führung der Arbeiterbewegung lag in dieser Zeit wieder eindeutig bei der SPD, sogar bei solchen Vorhaben, die die Gewerkschaften unmittelbar betrafen wie Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung.

Dieses Verhältnis scheint gewisse Ähnlichkeiten mit dem Zustand der Arbeiterbewegung vor 1918 zu haben. Aber der Schein trügt. Hinter der alten Arbeitsteilung Partei-Gewerkschaft stand eine Identität der Ziele und Interessen, die nicht so sehr in Programmen oder Ideologien wurzelte als vielmehr in den lebens- und sozialgeschichtlich begründeten Zusammenhängen der gemeinsamen proletarischen, oder kleinbürgerlichen Milieus. Diese umfassende Zusammengehörigkeit, dieser „stumme Zwang des Milieus“ (Franz Steinkühler), hat sich im Zuge der gesellschaftlichen Strukturveränderungen seit den sechziger Jahren weitgehend aufgelöst. Partei- und Gewerkschaftsaktivisten sind heute sozial, beruflich, in ihren Alltagserfahrungen, ihren Einstellungen und Interessen und schließlich auch programmatisch und organisatorisch weiter voneinander entfernt als je zuvor in ihrer gemeinsamen Geschichte. Aber auch innerhalb der großen Organisationen sind Fremdheit, Sprachlosigkeit und oft Konflikte gewachsen.

Schon die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung in der „Reformära“ ab 1966 war so bruchlos nicht, wie sie einer verklärenden Erinnerung manchmal erscheint: Die wilden Septemberstreiks von 1969, die Tariffbewegungen der Metaller 1970 und des öffentlichen Dienstes 1973, die Gewerkschaftsproteste

gegen die neue Sparpolitik der Regierung Helmut Schmidt Ende der siebziger Jahre deuten auf neue Konfliktlinien. Auch die sog. „Neuen Sozialen Bewegungen“ (Ökologie, Frieden, Frauen) standen quer zu den alten Frontstellungen. Die Renaissance marxistischer oder zumindest sozialistischer Ideen seit dem Ende der sechziger Jahre trug zwar dazu bei, einen neuen Horizont gesellschaftskritischen Denkens zu öffnen; Dogmatismus und Ultraradikalismus verschärften aber gleichzeitig auch die Konflikte innerhalb der Arbeiterbewegung, zumal diese intellektuelle Linke nur ungenügend in der realen Bewegung verwurzelt war.

Nach dem Scheitern der sozial-liberalen Koalition hat die SPD in der Opposition große und keineswegs erfolglose Anstrengungen unternommen, die Neuen Sozialen Bewegungen zu integrieren (bzw. zu deren Partei, den „Grünen“, ein Verhältnis möglicher Zusammenarbeit zu schaffen), ohne die Beziehungen zur traditionellen Arbeitnehmerpolitik der Gewerkschaften darunter leiden zu lassen. Auch die fünfjährige intensive Programmdiskussion ab 1984 (bei weitem intensiver als die Programmdiskussion der Gewerkschaften 1995/96) hat im Berliner Programm von 1989 und im Wahlprogramm für 1990 zu respektablen Ergebnissen geführt, die auch heute noch keineswegs veraltet sind. Den plötzlichen Zusammenbruch des „Realen Sozialismus“, die deutsche Vereinigung und die radikale Zuspitzung der weltwirtschaftlichen Probleme hat die Arbeiterbewegung freilich nicht vorausgesehen - aber wer hat das schon?

Auf einem Felde besteht freilich dringender theoretischer Klärungsbedarf - bei der SPD ebenso wie bei den Gewerkschaften. In den letzten Jahrzehnten hat sich ein neuer Typ des Werktätigen herausgebildet (nicht nur Arbeitnehmer, auch neue Selbständige), der weder in der Partei- noch in der Gewerkschaftsarbeit bisher ausreichend zur Kenntnis genommen worden ist: qualifiziert, selbstbewußt, weder „materialistisch“ noch „postmaterialistisch“, sondern beides, sowohl individualistisch, als auch solidarisch und auf jeden Fall nicht mehr geneigt, hierarchische, bürokratisierte Organisationen über sich, seine Interessen, sein Lebensschicksal entscheiden zu lassen.¹¹

... und der lange Herbst der kapitalistischen Krise

Wenn es eine Konsequenz aus dieser kurzen Rückschau gibt, dann die, daß es nicht mehr angeht, von „Arbeiterbewegung“ oder von „Partei und Gewerkschaft“ zu reden wie in der Vergangenheit. Das bedeutet allerdings keine „Entideologisierung“. Alltagsarbeit und pragmatisches Handeln waren immer unverzichtbar, sind es noch und bleiben es; und an neuen „Ideologien“ besteht nicht der geringste Bedarf.

Aber wenn das neue DGB-Programm sagt: „... auch die Soziale Marktwirtschaft hat weder Massenarbeitslosigkeit noch Ressourcen Verschwendung

¹¹ Eine Einführung in diese Problematik enthält Pcler von Oertzen, Eine gesellschaftliche Basis für Rot-Grün?, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), Heft 77, 1994. Dort auch Angaben über weitere Literatur.

verhindert; auch sie hat soziale Gerechtigkeit nicht hergestellt“, dann ist das keine „Ideologie“, sondern eine beweisbare Tatsachenfeststellung. Wenn im SPD-Programm steht: „Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen“, dann ist das ebenfalls keine „Ideologie“, sondern eine durch Erfahrung und Einsicht begründete sachliche Forderung, die durch Zustand und Entwicklung der Weltwirtschaft tagtäglich bestätigt wird.

Die entscheidende Frage ist: Müssen wir uns der Dynamik der globalisierten Kapitalbewegungen und des Machtkampfes auf dem Weltmarkt endgültig unterwerfen, wobei den Gewerkschaften und sozialorientierten Parteien nur noch die Aufgabe bliebe, die gesellschaftlichen Folgen halbwegs human und ökologisch abzufedern? Oder gibt es eine Alternative? Ist ein gesellschaftlicher Zustand, ist eine Form der gesellschaftlichen Entwicklung denkbar und realisierbar, in der die Menschen selbst - frei, demokratisch, solidarisch - über ihr Lebensschicksal entscheiden können?

Auf diese Frage gibt es keine fertige Antwort; und die großen Visionen und „ideologischen“ Systeme helfen uns nicht weiter. Aber von Tag zu Tag weiterwursteln, ist auch keine Antwort. Oder besser: Es ist eine Antwort, nämlich die Hinnahme des bestehenden Zustande Wenn Gewerkschaften und SPD (und die Grünen und andere) das nicht wollen, werden sie ohne Theorien, wissenschaftliche Diskussionen und Programme nicht auskommen.